

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2018

**DER DELEGATION FÜR DIE
EWR/EFTA-PARLAMANTARIERKOMITEES**

**Parlamentarierkomitee
der EFTA-Länder (CMP)**

**Parlamentarierkomitee
der EWR/EFTA-Staaten (MPS)**

**EWR- und EU-
Parlamentarierkomitee (JPC)**

INHALTSVERZEICHNIS

1.	EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees	3
2.	Die liechtensteinische Delegation	4
3.	Treffen des EFTA-Parlamentarierkomitees zum Thema «Brexit» vom 19. bis 21. März 2018 in London.....	4
4.	Arbeitsbesuch des EFTA-Parlamentarierkomitees vom 15. bis 20. April 2018 in Buenos Aires und Montevideo	6
5.	50. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees am 7. und 8. Mai 2018 in Stavanger	7
6.	116. EFTA-CMP-Meeting, 58. EFTA-Ministertreffen und 19. Joint Meeting mit dem Konsultativkomitee vom 24. bis 26. Juni 2018 in Sauðárkrókur	9
7.	Treffen des EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees am 20. und 21. November 2018 in Brüssel	11
8.	MPS-Büro Meeting am 20. November 2018 in Brüssel	12
9.	117. EFTA-CMP-Meeting und 59. EFTA-Ministertreffen am 22. und 23. November 2018 in Genf	14
10.	51. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees am 12. und 13. Dezember 2018 in Strassburg	15
11.	Zusammenarbeit	18
12.	Kostenaufwand der Delegation.....	18
13.	Schlusswort und Antrag	18

1. EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees

Mit dem Jahresbericht 2018 der EWR/EFTA-Parlamentarierdelegation wird der Hohe Landtag über die Sitzungen der Parlamentarierkomitees sowie über die Entwicklungen in diesen Gremien und in der Vertragsgemeinschaft informiert.

Das Fürstentum Liechtenstein ist in den folgenden drei Parlamentarierkomitees mit jeweils zwei stimmberechtigten Abgeordneten vertreten:

- Parlamentarierkomitee der EFTA-Länder
Committee of Members of Parliament of the EFTA Countries (CMP)
- Parlamentarierkomitee der EWR/EFTA-Staaten
Committee of Members of Parliament of the EFTA States (MPS)
- Gemeinsames EWR- und EU-Parlamentarierkomitee
Joint Parliamentary Committee (JPC)

Im Parlamentarierkomitee der EFTA-Länder (CMP) sind Parlamentarier aus Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz vertreten. Das Komitee befasst sich mit Fragen, welche die EFTA als Ganzes sowie Drittlandbeziehungen der EFTA betreffen. Dazu nehmen die Delegierten auch an Treffen mit Parlamentariern anderer Staaten teil, insbesondere mit Delegierten von EFTA-Vertragsstaaten sowie mit Vertretern aus Ländern, mit denen sich die EFTA in Vertragsverhandlungen oder die EU in Beitrittsverhandlungen befindet. Das Parlamentarierkomitee der EFTA kommt in der Regel mehrmals jährlich zusammen. Dabei trifft es zweimal jährlich auch den EFTA-Ministerrat und einmal pro Jahr das Konsultativkomitee der EFTA. Letzteres setzt sich aus Vertretern der Sozialpartner sämtlicher Mitgliedsländer zusammen.

Mit dem Inkrafttreten des EWR wurde 1994 zusätzlich das Komitee der Parlamentarier aus den EWR/EFTA-Staaten (MPS) gebildet. Dieses befasst sich im Speziellen mit Fragen des EWR und gibt Stellungnahmen zu Angelegenheiten des EWR ab. Jährliche Treffen finden hierzu seit 2009 mit dem Ständigen Ausschuss der EWR/EFTA-Minister statt. Norwegen ist im MPS mit sechs, Island mit vier und Liechtenstein mit zwei Parlamentariern vertreten. Die Schweizer Delegation hat in den Meetings des MPS Beobachterstatus. Zusätzlich finden seit 2011 Treffen mit dem am 22. Juni 2010 gegründeten informellen EWR/EFTA-Forum für Lokale und Regionale Behörden statt.

Das Gemeinsame EWR- und EU-Parlamentarierkomitee (JPC) besteht sowohl aus Mitgliedern der nationalen Parlamente der EWR/EFTA-Staaten wie auch aus einer Delegation des Europäischen Parlaments. Die Schweiz verfügt in diesem Gremium über einen Beobachterstatus. Das JPC ist nicht direkt in das EU-Beschlussfassungsverfahren involviert, kann aber in der Vorphase indirekt, zum Beispiel über die Verabschiedung von Resolutionen, am EU-Rechtsetzungsprozess mitwirken (Decision Shaping). Durch den Dialog und die Beratung trägt das Komitee zu einem besseren Verständnis zwischen der Europäischen Union und den EFTA-Staaten bei. Dazu nehmen auch Vertreter des EWR-Rats, des Gemeinsamen EWR-Ausschusses und der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA) zwecks Informations- und Meinungs-

austausch an den Sitzungen teil. Das Komitee tritt üblicherweise zweimal im Jahr zusammen.

2. Die liechtensteinische Delegation

Die liechtensteinische Delegation für die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees setzt sich seit der Eröffnungssitzung des Landtags vom 30. März 2017 aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Abg. Elfried Hasler, Delegationsleiter
- Abg. Harry Quaderer, ordentliches Mitglied
- Abg. Manfred Kaufmann, stellvertretendes Mitglied
- Stv. Abg. Michael Ospelt, stellvertretendes Mitglied
- Sandra Gerber-Leuenberger, Delegationssekretärin

3. Treffen des EFTA-Parlamentarierkomitees zum Thema «Brexit» vom 19. bis 21. März 2018 in London

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war an diesem Treffen durch die Landtagsabgeordneten Elfried Hasler (Delegationsleiter) und Manfred Kaufmann (stellvertretendes Mitglied) sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Ebenso waren Parlamentarier aus den weiteren EFTA-Staaten Island, Norwegen und der Schweiz anwesend.

Thema Brexit

Der zweitägige Aufenthalt in London bot Gelegenheit, sich mit diversen involvierten Stellen des Vereinigten Königreichs zum Thema Brexit auszutauschen. Im Mittelpunkt der verschiedenen Treffen standen zeitliche, prozedurale und inhaltliche Aspekte der laufenden EU-Austrittsverhandlungen des Vereinigten Königreichs. Es fanden Gespräche mit Mitgliedern des Unter- und Oberhauses des britischen Parlaments, mit Regierungsvertretern, mit hochrangigen Beamten sowie mit Branchen- und Industrieverbänden statt. Ebenfalls nutzte das Komitee die Möglichkeit sich bei hochkarätigen Referenten über den aktuellen Stand des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union zu informieren und sich vertieftes Wissen zum Thema Brexit anzueignen.

Hauptziel des Besuchs war es, die künftigen Handelsbeziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und den EFTA-Staaten nach dem Brexit zu erörtern. Im Rahmen dieses Arbeitsbesuches diskutierten die Mitglieder des Parlamentarierkomitees mit den Staatsministern Greg Hands und Alan Duncan über die Kernpunkte der britischen Ziele für die Austrittsverhandlungen, den Verlauf des Austrittsprozesses und

die sich daraus ergebende Ausgestaltung des Nachfolgeregimes. Im Gespräch mit Suella Fernandes, der parlamentarischen Unterstaatssekretärin des Ministeriums für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union, wurde die Gestaltung einer möglichen Übergangsphase zwischen dem Austritt aus der EU und dem Inkrafttreten eines Nachfolgeregimes erörtert.

Beim Treffen mit Brexit-Schattenminister Keir Starmer und der Abgeordneten Vicky Ford wurde die parlamentarische Tätigkeit, die im Vereinigten Königreich in den kommenden Jahren wesentlich im Zeichen des Brexit stehen wird, aus unterschiedlicher parteipolitischer Sicht diskutiert.

Während der verschiedenen Treffen erläuterte das Parlamentarierkomitee, wie sich der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU direkt auf die Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und den EFTA-Staaten auswirken wird, da die derzeitigen Abkommen (EWR-Abkommen und bilaterale Abkommen der Schweiz) für das Vereinigte Königreich nicht mehr gelten werden.

Das Vereinigte Königreich und die EFTA-Staaten müssen daher Wege der Zusammenarbeit finden, um sicherzustellen, dass weiterhin ein hoher Marktzugang und die Zusammenarbeit zwischen den Ländern aufrechterhalten werden kann. Das Komitee wies ferner darauf hin, dass diese Abkommen nicht nur den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr, sondern auch die Rechte der in den jeweiligen Ländern ansässigen Personen betreffe. Derzeit gibt es mehr als 54'000 Bürger aus den EFTA-Ländern im Vereinigten Königreich und fast 55'000 britische Bürger in den EFTA-Ländern, die Gefahr laufen, ihre Rechte im Rahmen der derzeitigen Abkommen zu verlieren.

Das Komitee betonte weiter, dass das Vereinigte Königreich ein wichtiger Handelspartner für die EFTA-Länder in einer Reihe von Sektoren ist. Im Jahr 2017 war das Vereinigte Königreich nach Deutschland und den USA weiterhin der drittgrösste Exportmarkt für die EFTA-Staaten. Umgekehrt tragen die EFTA-Märkte sowohl bei den Gütern wie auch bei den Dienstleistungen rund fünf Prozent zum Aussenhandel des Vereinigten Königreichs bei.

Fazit

Die Bedeutung der Handelsströme und Investitionen sowie des Personenverkehrs zwischen den Ländern unterstreicht, wie wichtig es ist, Lösungen für die künftigen Beziehungen zu finden, die für die Marktteilnehmer und Bürger berechenbar sind. In Anbetracht des geplanten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU messen die Mitglieder des EFTA-Parlamentarierkomitees der Gestaltung des künftigen Verhältnisses zu diesem Land besondere Bedeutung bei. Die Treffen mit den verschiedenen Gesprächspartnern auf unterschiedlichen staatlichen und privaten Ebenen haben den Eindruck vermittelt, dass auf britischer Seite noch wenig Klarheit und Einigkeit über die künftige Ausgestaltung des Verhältnisses zur EU besteht. Zudem zeigte sich, dass der Fokus der Überlegungen noch kaum auf das künftige Verhältnis zu den EFTA-Staaten gerichtet ist. Aus diesem Grunde war es den Vertretern der EFTA-Staaten ein besonderes Anliegen die britische Seite auch auf die parallel

notwendige Regelung des künftigen Verhältnisses zu den EFTA-Staaten zu sensibilisieren.

4. Arbeitsbesuch des EFTA-Parlamentarierkomitees vom 15. bis 20. April 2018 in Buenos Aires und Montevideo

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war bei diesem Arbeitsbesuch durch die Landtagsabgeordneten Elfried Hasler als Delegationsleiter und Harry Quaderer vertreten. Neben den liechtensteinischen Delegierten nahmen Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EFTA-Staaten Norwegen, Island und der Schweiz teil. Ebenfalls waren zwei Mitglieder des EFTA-Beratungsausschusses als Beobachter anwesend.

Verschiedene Treffen

Der diesjährige Drittland-Arbeitsbesuch führte die Delegation in die Mercosur-Staaten Argentinien und Uruguay. Im Mittelpunkt der verschiedenen Treffen standen die laufenden Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen den Mitgliedstaaten der EFTA und jenen des Mercosur (Mercado Común del Sur – Gemeinsamer Markt Südamerikas), zu welchem Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und Venezuela (dauerhaft suspendiert) gehören.

In Buenos Aires fanden Gespräche mit argentinischen Regierungs- und Parlamentsmitgliedern sowie mit Vertretern von nationalen Dachverbänden (unter anderem Weltbank, Ecolatina) und Denkfabriken statt. Dabei wurden die europäischen und südamerikanischen Interessen aller betroffenen Branchen im Dienstleistungs-, Industrie- und Landwirtschaftssektor eruiert und die Chancen und Herausforderungen für die einzelnen Wirtschaftsakteure aufgezeigt. Im Zentrum der Gespräche im Ministerium für Agrarindustrie standen die Interessen der Mercosur-Staaten im Agrarbereich. Ebenfalls traf das Komitee Vertreter des Ministeriums für internationale Wirtschaftsbeziehungen sowie Vertreter des Ministeriums für Produktivität.

Auf der parlamentarischen Ebene fanden Treffen mit verschiedenen Kommissionen des argentinischen Nationalkongresses statt. Neben Gesprächen mit Vertretern der Handelskammern Schweiz-Argentinien und Norwegen-Argentinien stand auch eine Podiumsdiskussion des Argentine Council for International Relations (CARI) auf der Agenda.

In Montevideo fanden Treffen mit Vertretern des Aussenministeriums und mit der Chefunterhändlerin für die Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union und den EFTA-Staaten statt. Ebenfalls fanden Gespräche mit Mitgliedern der aussenpolitischen Kommissionen sowie der Kommissionen für Landwirtschaft, Viehwirtschaft und Fischerei des Unter- und Oberhauses der Generalversammlung von Uruguay statt. Ferner trafen sich die Mitglieder des Parlamentarierkomitees am Hauptsitz der Mercosur-Organisation in Montevideo mit den ständigen Vertreterinnen und Vertretern der Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay so-

wie mit Mitgliedern des Parlasur, der parlamentarischen Versammlung der Mercosur-Länder.

Fazit des Arbeitsbesuchs

Die verschiedenen Gespräche haben gezeigt, dass insbesondere das Thema Landwirtschaft zum Stolperstein für die Verhandlungen mit den Mercosur-Staaten werden könnte. Seitens der Mercosur-Staaten besteht die Erwartung, dass die EFTA-Staaten weitergehende Zollkonzessionen für Landwirtschaftsprodukte eingehen werden, als es die EFTA-Staaten bisher gemacht haben. Die Mercosur-Staaten sind für alle EFTA-Staaten von grosser wirtschaftlicher Bedeutung. Dies gilt im Fall von Liechtenstein besonders in Bezug auf Brasilien, aber auch Argentinien. Das Diskriminierungspotenzial für die EFTA-Unternehmen gegenüber ihren Konkurrenten aus der EU ist aufgrund der hohen Industriezölle in Mercosur sehr gross. Allerdings verlaufen auch die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur nur schleppend. Dies, obwohl die EU in Sachen Landwirtschaftspolitik in der Regel zu mehr Konzessionen bereit ist, als dies die EFTA-Staaten sind.

[Seit dem Arbeitsbesuch fanden im Laufe des Jahres vier weitere Verhandlungsrunden zwischen der EFTA und Mercosur statt. Dabei konnten im Rahmen von konstruktiven Gesprächen in verschiedenen Bereichen Fortschritte erzielt werden, wenn auch das Dossier Landwirtschaft weiterhin anspruchsvoll bleibt.]

5. 50. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees am 7. und 8. Mai 2018 in Stavanger

Delegation und Teilnehmer

Am 50. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees waren die Landtagsabgeordneten Elfried Hasler (Delegationsleiter) und Harry Quaderer vertreten. Neben den liechtensteinischen Delegierten nahmen Abgeordnete aus Island und Norwegen teil. Aus der Schweiz waren Parlamentarier als Beobachter anwesend. Seitens des EU-Parlaments konnten mehrere Abgeordnete aus Dänemark, Polen, Grossbritannien und aus Italien begrüsst werden.

Im Mittelpunkt des Treffens standen die laufenden Verhandlungen über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU sowie weitere aktuelle europapolitische Themen wie Cybersicherheit in Europa, das EU Mobilitätspaket und die Energie Union.

Entwicklungen des EWR-Abkommens

Über das Funktionieren des EWR-Abkommens sprachen Boyan Natan seitens des bulgarischen Vorsitzes der EU, Martin Skylv vom Europäischen Auswärtigen Dienst und Botschafterin Bergdís Ellertsdóttir, EFTA-Vorsitzende des Gemeinsamen EWR-Ausschusses.

Bericht «The Annual Report of the EEA Joint Committee on the Functioning of the EEA Agreement in 2017»

Der Bericht wurde von den Berichterstattern Elfried Hasler und Jørn Dohrmann vorgelegt. In der verabschiedeten Resolution nimmt das Gemeinsame EWR- und EU-Parlamentarierkomitee zur Kenntnis, dass die Anzahl EWR-relevanter Rechtsakte, die in das EWR-Abkommen inkorporiert worden sind, im Jahr 2017 im Vergleich zum Jahr 2016 um fast 27 Prozent zugenommen haben. Das Komitee bedauert hingegen, dass der sogenannte Backlog (die Anzahl EWR-relevanter Rechtsakte, die noch nicht in das EWR-Abkommen inkorporiert worden sind) im Vergleich zum Vorjahr erneut um mehr als 10 Prozent zugenommen habe. Gleichzeitig bekräftigt das Komitee das gemeinsame Interesse sowohl der Europäischen Union als auch der EWR-Staaten an einer rechtzeitigen Übernahme der Rechtsakte und fordert daher den Gemeinsamen EWR-Ausschuss auf, pragmatische Lösungen für diejenigen Rechtsakte zu finden, welche seit Längerem auf eine Übernahme warten.

Weiter begrüsst das Gemeinsame EWR- und EU-Parlamentarierkomitee die Fortschritte in den Diskussionen über die Datenschutz-Grundverordnung und unterstreicht die Bedeutung einer raschen Umsetzung der DSGVO, damit sie im EWR zur gleichen Zeit wie in der EU anwendbar wird.

Darüber hinaus bekräftigt die Resolution, dass die EWR/EFTA-Staaten durch das EWR-Abkommen voll am Binnenmarkt teilnehmen können und ein Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union einen direkten Einfluss auf das EWR-Abkommen und die EWR/EFTA-Staaten haben wird. Die Resolution fordert weiterhin einen engen Dialog zwischen den EWR/EFTA-Staaten und der EU im Hinblick auf die bevorstehenden Austrittsverhandlungen. Die Resolution wurde einhellig verabschiedet.

Brexit

Die Mitglieder des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees diskutierten auch das Thema Brexit und seine möglichen Auswirkungen auf den EWR. Zu diesem Thema gaben Niels Engelschiøn, Generaldirektor der Abteilung für europäische Angelegenheiten im norwegischen Aussenministerium, Ulf Sverdrup, Direktor des Norwegischen Instituts für internationale Angelegenheiten (NUPI) und Jan Erik Grindheim, Associate Professor UC South East Norway, ihre Einschätzungen ab. Ebenso informierte die EU-Abgeordnete Catherine Stihler zu diesem Thema.

Cybersicherheit in Europa

Im September 2017 legte die Europäische Kommission einen Vorschlag zu einer Überprüfung der Cybersicherheit vor. Studien weisen darauf hin, dass der durch Cyberkriminalität verursachte Schaden zwischen 2013 und 2017 um das Fünffache gestiegen ist und bis 2019 weiter um das Vierfache ansteigen könnte. Angesichts dieser Entwicklung will die EU ihr Abwehrdispositiv stärken. Ein wichtiges Thema für den EWR ist in diesem Zusammenhang die geplante Stärkung der Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit mit Sitz in Griechenland (ENISA), an der auch die EWR/EFTA-Staaten seit 2005 beteiligt sind.

Die ENISA spielt eine Schlüsselrolle bei der Verbesserung der Prävention von Cybersicherheit im EWR, insbesondere wenn es darum geht, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern und ihr Fachwissen über die Herausforderungen der Netzinformationssicherheit auszutauschen. Das Hauptziel der geplanten künftigen ENISA-Verordnung besteht darin, die Zusammenarbeit im Bereich der Cybersicherheit zu intensivieren. Aus Sicht der EWR/EFTA-Staaten ist dabei insbesondere wichtig, dass dieses Mandat nicht zu stark in bestehende nationale Kompetenzen eingreift.

Das Europäische Mobilitätspaket

Einige Vorschläge aus diesem Paket dürften auch für das EWR-Abkommen von Bedeutung sein und sind daher für das Parlamentarierkomitee von Interesse. Das Europäische Mobilitätspaket umfasst Gesetzgebungsvorschläge, Mitteilungen und Berichte, die sich insbesondere mit den Themen Transport, Umwelt, Energie und dem Binnenmarkt beschäftigen. Es werden unter anderem Massnahmen zur Verringerung des CO₂-Ausstosses, der Luftverschmutzung und der Überbelastung der Strassen vorgeschlagen. Weiter enthält es Vorschläge zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und zur Einführung neuer Massnahmen hinsichtlich Strassenbenutzungsgebühren.

Das Mobilitätspaket zielt auf die Modernisierung und Einführung von Innovationen im Verkehrssektor in Europa ab. Darüber hinaus stellt es einen Schritt auf dem Weg zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft und zur Erfüllung der Verpflichtungen der EU im Rahmen des Pariser Klimaabkommens dar.

6. 116. EFTA-CMP-Meeting, 58. EFTA-Ministertreffen und 19. Joint Meeting mit dem Konsultativkomitee vom 24. bis 26. Juni 2018 in Sauðárkrúkur

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war an diesen Treffen durch die Abgeordneten Elfried Hasler als Delegationsleiter und Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben Liechtenstein nahmen Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EFTA-Staaten Island, Norwegen und der Schweiz teil. Ebenso waren die vier zuständigen EFTA-Minister und die Vertreter der Sozialpartner der EFTA-Staaten anwesend.

116. EFTA-CMP-Meeting am 25. Juni in Sauðárkrúkur

Nach der Eröffnung der Sitzung folgte die Round-Table-Diskussion über die politischen Entwicklungen in den EFTA-Staaten. Dabei berichteten die Delegationsleiter über aktuelle Themen in ihren nationalen Parlamenten. Anschliessend wurde das Parlamentarierkomitee vom EFTA-Sekretariat über den Handel unter den EFTA-Staaten informiert. Abschliessend informierte Bente Angell-Hansen, Präsidentin der

EFTA Surveillance Authority (ESA), über aktuelle Fälle und neuste Entwicklungen bei der ESA.

58. EFTA-Ministertreffen am 25. Juni in Sauðárkrókur

Unter dem Vorsitz des isländischen Aussen- und Handelsministers Guðlaugur Þór Þórðarson fand das jährliche Treffen zwischen den EFTA-Ministern und dem Parlamentarierkomitee statt. Ebenfalls anwesend waren der norwegische Handels- und Industrieminister Torbjørn Røe Isaksen, der Schweizer Bundesrat Johann Schneider-Ammann sowie die liechtensteinische Aussenministerin Aurelia Frick.

Die Vorsitzende informierte über die neuesten Entwicklungen bezüglich Freihandelsabkommen. Momentan unterhält die EFTA 28 Freihandelsabkommen mit 39 Partnern. Am Ministertreffen unterzeichneten die EFTA-Minister das neue Freihandelsabkommen mit Ecuador sowie das aktualisierte und erweiterte Freihandelsabkommen mit der Türkei. Das umfassende Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Ecuador ist das sechste Abkommen der EFTA in Lateinamerika und wird allen Vertragsparteien weitere Wachstumsmöglichkeiten bieten und die Beziehungen zwischen Ecuador und den EFTA-Ländern stärken.

Das aktuelle EFTA-Türkei-Abkommen, das 1991 unterzeichnet wurde, ist das älteste bestehende Freihandelsabkommen der EFTA. Nach vierjährigen Verhandlungen wird das modernisierte und erweiterte Abkommen aktualisierte Bestimmungen im Bereich des geistigen Eigentums enthalten und sich auf neue Themen wie den Handel mit Dienstleistungen, Handelserleichterungen und Handel und nachhaltige Entwicklung erstrecken. Das modernisierte Abkommen tritt in Kraft und ersetzt das bestehende Abkommen, nachdem alle Vertragsparteien die für die Ratifizierung erforderlichen internen Verfahren abgeschlossen haben.

Das Netzwerk wird mit sechs gemeinsamen Erklärungen über die Zusammenarbeit ergänzt (Mauritius, Moldawien, Mongolei, Myanmar, Nigeria und Pakistan). Im Mittelpunkt der Gespräche standen die laufenden Freihandelsverhandlungen mit Indien, Indonesien, Malaysia, den Mercosur-Staaten und Vietnam sowie die Weiterentwicklung der Freihandelsabkommen mit Mexiko, Kanada, Chile und der Südafrikanischen Zollunion (SACU). Die Minister erörterten die Entwicklungen bei den laufenden Freihandelsverhandlungen der EFTA und betonten, dass der Förderung der Verhandlungen mit Mercosur und dem Abschluss der Verhandlungen mit Indien Vorrang eingeräumt wird. Sie brachten ferner ihre Unterstützung für einen raschen Abschluss der Verhandlungen mit Indonesien zum Ausdruck und bekundeten ihren Willen, bei den Verhandlungen mit Malaysia und Vietnam weitere Fortschritte zu erzielen. Die Verhandlungen mit Algerien, Honduras, Thailand, Russland/Weissrussland/Kasachstan sind derzeit ausgesetzt.

Ebenfalls informierten die Minister über die Beziehungen der EFTA-Staaten zur Europäischen Union und über das Funktionieren des EWR-Abkommens. Die Minister begrüßten das gute Funktionieren des EWR-Abkommens und insbesondere die Übernahme von zahlreichen überfälligen Rechtsakten. Über 60 Rechtsakte im Be-

reich der Finanzdienstleistungen konnten im ersten Halbjahr 2018 ins EWR-Abkommen übernommen werden.

Ein weiteres Thema war einmal mehr der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und die möglichen Konsequenzen auf das EWR-Abkommen. Das Vereinigte Königreich ist ein wichtiger Handelspartner aller EFTA-Staaten, und die Minister bekräftigten ihre Bereitschaft, die derzeitigen engen Handelsbeziehungen zwischen den EFTA-Staaten und dem Vereinigten Königreich aufrechtzuerhalten, und brachten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, sich an Übergangsregelungen zu beteiligen, bis ein ständiger Rahmen für künftige Handelsbeziehungen mit dem Vereinigten Königreich vereinbart werden kann. Die EFTA-Staaten werden sich weiterhin eng untereinander beraten, um dieses Ziel zu erreichen.

19. Joint-Meeting mit dem Konsultativkomitee am 25. Juni in Sauðárkrúkur

Ebenfalls fand eine Sitzung mit den Sozialpartnern der EFTA-Staaten statt. Dabei wurden die Delegierten über die Arbeiten zur Überarbeitung des Modellkapitels Handel und nachhaltige Entwicklung informiert. Die Revision fokussiert auf die Inkludierung von Umwelt- und Arbeitsrechtselementen in die Freihandelsabkommen.

7. Treffen des EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees am 20. und 21. November 2018 in Brüssel

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war an diesen Treffen durch die Landtagsabgeordneten Elfried Hasler (Delegationsleiter) und Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben den Vertretern aus Liechtenstein nahmen Delegationen aus den weiteren EFTA-Staaten Island, Norwegen und der Schweiz teil. Seitens EWR/EFTA-Minister waren Ine Marie Eriksen Søreide, norwegische Aussenministerin, der isländische Aussenminister Guðlaugur Þór Þórðarson sowie die liechtensteinische Aussenministerin Aurelia Frick vertreten.

Treffen mit den EWR/EFTA-Ministern

Am 20. November fand im EFTA-Sekretariat in Brüssel die gemeinsame Sitzung der EWR/EFTA-Minister, dem EFTA-Parlamentarierkomitee sowie dem EFTA-Konsultativkomitee statt. Dieses jährliche Treffen findet jeweils in Verbindung mit einer Sitzung des EWR-Rates statt und bietet den beiden beratenden Gremien die Möglichkeit, aktuelle Fragen zum EWR-Abkommen sowie aktuelle Herausforderungen im Binnenmarkt mit den Ministern zu erörtern.

Den Vorsitz der Sitzung hatte Elfried Hasler als Vorsitzender des EFTA-Komitees, gemeinsam mit Halldór Árnason, Vorsitzender des EFTA-Konsultativkomitees, inne. Die Vorsitzende des EWR-Rats, Ine Marie Eriksen Søreide, informierte über die Ergebnisse des Treffens und den politischen Dialog zum Thema Brexit. Dabei seien sie von Michel Barnier, Brexit Chefunterhändler der EU, über den Stand der Verhand-

lungen mit dem Vereinigten Königreich und den Verlauf der nächsten Tage informiert worden. Auch seien die Folgen des Rückzugs des Vereinigten Königreichs aus der EU für den EWR diskutiert worden. Dabei hätten beide Seiten betont, dass es wichtig sei, das EWR-Abkommen zu schützen und die Integrität des Binnenmarkts zu wahren.

Eine weitere Herausforderung, so die Vorsitzende, sei die Bewertung des EWR-Abkommens und die Erörterung aktueller Herausforderungen wie die Beteiligung der EWR/EFTA-Staaten an den einschlägigen EU-Agenturen und Aufsichtsbehörden.

Abschliessend unterstrich die Vorsitzende, dass der EWR sein Hauptziel, die Förderung und Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den EWR/EFTA-Staaten und der EU in einem gemeinsamen Binnenmarkt, erfolgreich erreicht habe. Allerdings sei die Zusammenarbeit im EWR nicht ohne Herausforderungen, wie die wachsende Zahl von Regulierungs- und Aufsichtsbehörden im Binnenmarkt zeige. Die Suche nach Lösungen, wie sie ihre Entscheidungsbefugnisse im institutionellen Gefüge des EWR widerspiegeln können, sei ein zentrales Anliegen. Die Minister hätten klargestellt, dass die Grundsätze des EWR-Abkommens eingehalten werden müssen und dass die rechtliche Homogenität gewährleistet sein muss.

Treffen mit Michel Barnier, EU-Chefunterhändler für Brexit

Dieses hochrangige Treffen fand ebenfalls unter dem Vorsitz von Elfried Hasler statt. Michel Barnier stellte den Entwurf des Abkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich vor und beantwortete Fragen der Delegierten. Dabei erklärte er, dass er zuversichtlich sei, die Verhandlungen über den Rahmen für die künftigen Beziehungen in den nächsten Tagen abschliessen zu können. Trotzdem müsse man weiterhin sehr konkret an allen anderen Optionen, auch an keinem Deal, arbeiten. Barnier empfahl den EFTA-Staaten dasselbe zu tun. Dabei stehe die EU-Kommission für zusätzliche Unterstützung zur Verfügung.

8. MPS-Büro Meeting am 20. November 2018 in Brüssel

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war an diesem Treffen durch die Abgeordneten Elfried Hasler als Delegationsleiter und Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Ebenso waren Abgeordnete der weiteren EWR/EFTA-Staaten Norwegen und Island anwesend. Für die Diskussion über das Budget der EFTA-Überwachungsbehörde waren Bente Angell-Hansen, Präsident der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA), Högni Kristjansson, College Mitglied ESA sowie Knut Hermansen, Stellvertretender Botschafter der norwegischen Mission zur EU als Vertreter des EFTA/Court Committee vertreten.

MPS-Büro Meeting

Budget der EFTA-Überwachungsbehörde

Nach einer Dekade von realem Nullwachstum im ESA-Budget für bestehende Aktivitäten (zero growth budgeting) stellte die Präsidentin der ESA ein Budget 2019 über EUR 16'618'183 vor, was einer Erhöhung von rund 10 Prozent zum Vorjahr entspricht. Für die EWR/EFTA-Staaten bedeutet dies eine Erhöhung ihrer Beiträge um mehr als 10 Prozent verglichen mit 2018. Der liechtensteinische Beitrag am Gesamtbudget beträgt für das Jahr 2019 EUR 332'364 oder 2 Prozent. Die vorgeschlagene Steigerung ergibt sich insbesondere aus dem Antrag zusätzliches Personal in den Bereichen Wettbewerb, Energie und Lebensmittelsicherheit einzustellen, sowie aus höheren Ansätzen bei den Reisekosten und gewissen Services (z.B. Erneuerung der Website). Rolle des MPS-Büros ist es, zu Handen des ESA/Court Committees eine «Opinion» zum vorgelegten Budget abzugeben. Während das vorgeschlagene Budget für die Vertreter aus Norwegen und Island unbestritten war, äusserte sich die liechtensteinische Delegation grundsätzlich kritisch zur deutlichen Kostensteigerung. Allerdings musste die liechtensteinische Delegation auch anerkennen, dass nach einer längeren Phase des «zero growth budgetings» und der gleichzeitigen substanziellen Aufgabenerweiterungen der ESA Anpassungen nachvollziehbar sind.

Überarbeitung der Arbeitsweise und Überlegungen über die Verfahren des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitee (EEA JPC)

Bereits im Jahr 2015 lancierte die liechtensteinische Delegation eine Initiative zur Überprüfung und Verbesserung der Arbeitsweise des Komitees. Daraufhin wurden verschiedene Massnahmen beschlossen und umgesetzt. Nun hat das EFTA-Sekretariat ein Papier mit verschiedenen Ideen zur Reform des EEA JPCs vorgelegt. Dieses Papier befasst sich mit der umfassenderen Zusammenarbeit der EWR Parlamentarier mit dem Europäischen Parlament im Rahmen des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees und untersucht u.a. Möglichkeiten, wie die Mitglieder des Europäischen Parlaments (MEPs) sich stärker auf das EWR-Abkommen konzentrieren und die Beteiligung der MEPs an der Arbeit des Komitees stärken können. Die verschiedenen Massnahmen sollen dazu beitragen, das EEA JPC als dynamische politische Plattform weiterzuentwickeln und die parlamentarische Dimension der EWR-Zusammenarbeit zu stärken. Als erster Schritt soll versucht werden, die Partizipation der EU-Parlamentarier weiter zu erhöhen. In den letzten Jahren zeigte sich deutlich, dass die Teilnahme der MEPs an Sitzungen in Strassburg höher ist als an Sitzungen in einem der drei EWR/EFTA-Staaten. Durch eine Verlegung des Sitzungsorts nach Strassburg – während den EU-Plenarwochen – könnte die Motivation an einer Teilnahme deutlich gesteigert werden. Dies würde gleichzeitig dazu beitragen mehr hochrangige Redner für die Sitzungen aufbieten zu können.

9. 117. EFTA-CMP-Meeting und 59. EFTA-Ministertreffen am 22. und 23. November 2018 in Genf

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war an diesen Treffen mit den Abgeordneten Elfried Hasler als Delegationsleiter und Harry Quaderer sowie der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben den liechtensteinischen Abgeordneten nahmen Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EFTA-Staaten Island, Norwegen und der Schweiz teil. Ebenso waren am 23. November die Minister der EFTA-Staaten anwesend.

117. EFTA-CMP-Meeting am 22. und 23. November 2018 in Genf

Das Komitee tagte unter dem Vorsitz des isländischen Delegationsleiters Smari McCarthy. Erster Punkt auf der Tagesordnung war die Entwicklung in multilateralen Verhandlungen und Überlegungen zur WTO-Reform. Dabei wurde insbesondere die Reform des Streitbeilegungsmechanismus der WTO diskutiert. Dieser Mechanismus bildet den zentralen Pfeiler eines regelbasierten internationalen Handelssystems, welches für Liechtensteins Volkswirtschaft unabdingbar ist.

Es folgten weitere Referenten zu den Themen «Growth with Equity – assessment of labour provisions in trade and investment arrangements», «Global trade and bringing women entrepreneurs to markets» sowie «Digital Trade and services».

Ein weiteres Thema auf der Tagesordnung war das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Republik Korea, welches am 15. Dezember 2005 in Hongkong unterzeichnet wurde. Es trat am 1. September 2006 für die Republik Korea, Norwegen, Liechtenstein und die Schweiz sowie am 1. Oktober 2006 für Island in Kraft. Der gesamte Warenhandel zwischen den EFTA-Staaten und Korea belief sich 2017 auf 10,8 Milliarden US-Dollar. Die EFTA-Staaten exportierten Waren im Wert von 4,3 Milliarden USD und importierten Waren im Wert von 6,5 Milliarden USD. Zu den wichtigsten Exporten der EFTA nach Korea gehörten mechanische Maschinen, Uhren, pharmazeutische Produkte, Edelmetalle, verschiedene Instrumente und Meeresfrüchte. Die wichtigsten Importartikel aus Korea waren Stahlkonstruktionen für Öl- und Gasplattformen, Schwimm- und Tauchplattformen, Fahrzeuge, Schiffe sowie elektrische und mechanische Maschinen.

Abschliessend wurden die Vorsitzenden der Komitees für das Jahr 2019 gewählt. Der Vorsitz des CMP-Komitees wird die Isländische Delegationsleitung wahrnehmen. Das Amt des Vorsitzenden des MPS-Komitees fällt auf die norwegische Delegationsleitung.

59. EFTA-Ministertreffen am 23. November 2018 in Genf

Das 59. EFTA-Ministertreffen präsierte der Schweizer Bundesrat Johann Schneider-Amman. Ebenfalls anwesend waren Torbjørn Røe Isaksen, norwegischer Minister für Handel, Industrie und Fischerei, der isländische Aussenminister Guðlaugur Þór Þórðarson und die liechtensteinische Aussenministerin Aurelia Frick.

Die Minister informierten das Parlamentarierkomitee über die neuesten Entwicklungen der EFTA-Drittlandbeziehungen. Das EFTA-Netzwerk besteht derzeit aus 28 Freihandelsabkommen mit 39 Ländern und Territorien. Das Netzwerk wird von sieben gemeinsamen Erklärungen über die Zusammenarbeit ergänzt. Über 12 Prozent der gesamten EFTA-Exporte gehen an diese Handelspartner und sie sind die Quelle für 7,5 Prozent der EFTA-Importe.

Der Vorsitzende informierte, dass derzeit Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Indien, Malaysia, Vietnam und Mercosur stattfinden. Ebenso sollen bereits bestehende Abkommen ausgebaut und modernisiert werden. Weitere wichtige Themen des Treffens waren der Brexit und die Handelspolitik der USA sowie die Reform der Welthandelsorganisation.

Im Rahmen des Treffens unterzeichneten die Minister mit dem indonesischen Handels- und Industrieminister eine Gemeinsame Erklärung über den Abschluss der Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien. Ebenfalls wurde eine Zusammenarbeitserklärung mit dem Kosovo, welche einen ersten Schritt in Richtung engerer Wirtschaftsbeziehungen darstellt, unterzeichnet. Die Minister Islands, Norwegens und der Schweiz konnten ausserdem mit Israel je ein bilaterales Landwirtschaftsabkommen unterzeichnen, wobei jenes zwischen der Schweiz und Israel aufgrund des Zollvertrags auch auf Liechtenstein anwendbar ist.

10. 51. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees am 12. und 13. Dezember 2018 in Strassburg

Delegation und Teilnehmer

Am 51. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees waren die Landtagsabgeordneten Elfried Hasler (Delegationsleiter) und Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben den liechtensteinischen Delegierten nahmen Abgeordnete aus Island und Norwegen teil. Aus der Schweiz waren Parlamentarier als Beobachter anwesend. Seitens des EU-Parlaments waren zahlreiche Abgeordnete anwesend.

Auf der Tagesordnung standen Diskussionen über Brexit und den EWR, künstliche Intelligenz, die Europäische Säule der sozialen Rechte und die Europäische Arbeitsbehörde sowie neue Rahmenbedingungen für Verbraucher in der Europäischen Union. Den Vorsitz führten Elfried Hasler, Vorsitzender des Parlamentarischen Ausschusses der EFTA, und Jørn Dohrmann, Mitglied des Europäischen Parlaments.

Die Sitzung war überschattet von den Ereignissen, welche in der Strassburger Innenstadt am Abend des 11. Dezembers Tote und Verletzte forderte.

Entwicklungen des EWR-Abkommens

Über das Funktionieren des EWR-Abkommens sprachen Philip Bittner seitens des österreichischen Vorsitzes der EU, Claude Maerten vom Europäischen Auswärtigen Dienst und Andri Lúthersson, stellvertretender Generalsekretär der EFTA.

Der Abgeordnete Hasler ging in seinem Votum auf das 25-jährige Bestehen des EWR-Abkommens, das im 2019 gefeiert werden wird, ein. Das Abkommen hat den Wirtschaftsakteuren ein Wachstum in einem stabilen und berechenbaren Umfeld ermöglicht. Ebenso hat es den Bürgern die Freiheit gegeben, in Europa zu arbeiten und zu studieren. Weiter wies er auf die Herausforderungen hin, welche sich im Laufe der Jahre ergeben haben. Ein wachsendes Problem für die EWR/EFTA-Staaten ist die verstärkte Übertragung von Befugnissen auf EU-Agenturen und –Behörden. Einige dieser Behörden können Sanktionen durch Geldbussen gegen nationale Behörden und Bürger verhängen. Eine direkt von einer EU-Behörde gegen Bürger in den EWR/EFTA-Staaten verhängte Geldstrafe ist für die Verfassungen einiger EWR/EFTA-Staaten problematisch.

Die Herausforderung besteht darin, Lösungen zu finden, die den Grundsätzen des EWR-Abkommens entsprechen und gleichzeitig einen harmonisierten Binnenmarkt gewährleisten. Der Vorsitzende Hasler schlug vor, eine Diskussion darüber einzuleiten, wie die EWR/EFTA-Staaten in einer frühen Phase des Gesetzgebungsprozesses im Europäischen Parlament ihre Positionen besser einfließen lassen können, um mögliche Probleme so früh wie möglich zu lösen und einen grossen Rückstand bei der Umsetzung von Rechtsakten zu vermeiden. Ein wichtiges Instrument dazu sind die EWR/EFTA-Kommentare, die die Ansichten der EWR/EFTA-Staaten zu neuen EU-Vorschlägen widerspiegeln. Diese werden auch den Berichterstattern und Schattenberichterstattern im Europäischen Parlament zur Prüfung übermittelt. Um in Zukunft einen harmonisierten Binnenmarkt zu gewährleisten, sei es wichtig, einen konstruktiven Dialog darüber zu führen, wie der Einbezug der parlamentarischen Dimension die EWR-Positionen stärken können.

Brexit

Die Mitglieder des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees diskutierten das Thema Brexit und seine möglichen Auswirkungen auf den EWR. Danuta Hübner, EU-Abgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für konstitutionelle Fragen und Mitglied der Brexit-Lenkungsgruppe, sowie Andri Lúthersson, stellvertretender Generalsekretär der EFTA, informierten die Abgeordneten über den aktuellen Stand der Dinge zum Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union.

Die Europäische Säule sozialer Rechte und die Europäische Arbeitsbehörde

Zweck der Europäischen Säule sozialer Rechte ist die Bereitstellung neuer und wirksamerer Rechte für Bürgerinnen und Bürger. Sie umfasst unter anderem eine 20-Punkte-Erklärung und Vorschläge für gesetzliche Mindeststandards. Die Europäische Säule sozialer Rechte ist für alle EWR/EFTA-Staaten von Bedeutung, und der EWR-Rat, das halbjährliche Treffen zwischen den Ministern der EWR/EFTA-Staaten und dem rotierenden EU-Vorsitz, führte am 20. November 2018 eine hochrangige politische Debatte über dieses Thema im Rahmen des EWR-Abkommens.

Die Koordinierung der EU-Arbeitsmarktpolitik und der sozialen Sicherheit standen bereits früher auf der Agenda des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees. Im Mai 2017 erörterte das Komitee das Mobilitätspaket für Arbeitnehmer, welches die Überarbeitung der Entsenderichtlinie, die Überarbeitung der Verordnung über das Europäische Netzwerk der Arbeitsverwaltungen sowie die Überarbeitung der Vorschriften zur Koordinierung der sozialen Sicherheit umfasste. Im Jahr 2016 stand auch die Koordinierung der sozialen Sicherheit im EWR auf der Agenda des Komitees.

Den Vorschlag zur Errichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde wurde von der EU-Kommission im März 2018 eingebracht. Diese neue Behörde soll die Arbeitskräftemobilität fördern und die Freizügigkeitsrechte der 17 Millionen Europäer, die im EU-Ausland arbeiten, schützen.

Neue Rahmenbedingungen für Verbraucher

Der Verbraucherschutz wurde bereits mehrfach im Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitee diskutiert. Das Komitee betonte dabei, dass es wichtig sei, im gesamten EWR in allen neuen Rechtsvorschriften einen hohen Verbraucherschutzstandard aufrechtzuerhalten.

In einer Resolution vom Mai 2016 zum Thema kollaborative Wirtschaft unterstrich das Komitee, dass die Verbraucherrechte klar geregelt werden müssen. In einer weiteren Resolution vom Mai 2016 zur Binnenmarktstrategie für Waren und Dienstleistungen betonte das Komitee, dass alle Massnahmen zur Umsetzung der Strategie mit den bestehenden Verbraucherschutznormen im Einklang stehen sollten. In einer im November 2015 angenommenen Resolution hat das Komitee erklärt, dass neue Regeln für den digitalen Binnenmarkt keine niedrigeren Standards für den Verbraucherschutz in einem EWR-Land erlauben sollten.

Der Vorschlag der EU-Kommission vom April 2018 besteht aus zwei Rechtsakten. Die erste Richtlinie dient zur besseren Durchsetzung und Modernisierung der EU-Verbraucherschutzvorschriften. Hierzu haben die EWR/EFTA-Staaten der EU einen gemeinsamen Kommentar übermittelt, welcher die Initiative grundsätzlich unterstützt. Die zweite Richtlinie behandelt die Verbandsklagen, welche in Liechtenstein bereits heute möglich sind.

Künstliche Intelligenz für Europa

Die EU-Kommission hat im April 2018 vorgeschlagen, europäische Standards für künstliche Intelligenz zu setzen. Neben dem Setzen von ethischen Standards soll die Wirtschaft in diesem Bereich unterstützt werden. Ein Ziel der EU ist es, die Investitionen in diesem Bereich erheblich zu erhöhen (2018-2020 EUR 1,8 Milliarden). Dies soll im Rahmen von Horizon 2020 geschehen. Die EU-Abgeordnete Catherine Stihler informierte die Parlamentarier zu diesem Thema. Die geplanten Richtlinienentwürfe sollen im ersten Halbjahr 2019 veröffentlicht werden.

11. Zusammenarbeit

Im Berichtsjahr ist die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Landtag im Bereich der EWR/EFTA-Delegation weiterhin gut verlaufen. Es wurden jeweils vor den Sitzungen Informationen und Stellungnahmen von den zuständigen Stellen zu den traktandierten Themen eingeholt. Die Delegation stand in Kontakt mit dem Ministerium für Äusseres, dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten, der Stabsstelle EWR sowie der Ständigen Vertretung in Genf und der Botschaft in Brüssel. So konnte gewährleistet werden, dass die liechtensteinische Aussenpolitik koordiniert wahrgenommen wurde.

12. Kostenaufwand der Delegation

Im Jahr 2018 beliefen sich die Reisekosten/Spesen der Delegation auf CHF 35'917 (Vorjahr CHF 49'396). Die Taggelder machten im Jahr 2018 CHF 29'600 (Vorjahr CHF 24'000) aus.

13. Schlusswort und Antrag

Die liechtensteinische Delegation für die drei EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees nahm im 2018 an insgesamt sieben Arbeitstreffen während 20 Tagen teil (2017: 6 Treffen während 17 Tagen). Der vorliegende Bericht gibt einen summarischen Überblick über die behandelten Themen.

Diese Treffen waren auch im abgelaufenen Jahr eine wertvolle und effiziente Plattform für den Austausch sowohl innerhalb der EFTA-Staaten, als auch mit Vertretern der EU sowie bestehenden und potenziellen Freihandelspartnerstaaten. Der fortlaufende Dialog, in- und ausserhalb der offiziellen Traktanden, trägt zum besseren gegenseitigen Verständnis bei und unterstützt wichtige Verhandlungen im Bereich des Freihandels.

Ich bedanke mich bei meinem Delegationskollegen Harry Quaderer und der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger für die ausgezeichnete Zusammenarbeit. Bedanken möchte ich mich zudem beim Amt für Auswärtige

Angelegenheiten, der Stabstelle EWR, dem EFTA-Sekretariat sowie den stellvertretenden Delegationsmitgliedern.

Wir bitten den Hohen Landtag, den Jahresbericht 2018 der Delegation für die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees zur Kenntnis zu nehmen.

Der Delegationsleiter

Elfried Hasler

Gamprin, im Januar 2019